

Revierdemokraten – Stadtteilbezogene Interventionen im Umgang mit Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Andreas Klink

Zusammenfassung

Dieser Beitrag stellt ein Projekt vor, in dem stadtteilbezogene und systemisch fundierte Interventionen genutzt werden, um neuen Erscheinungsformen von Rechtspopulismus und religiös oder ideologisch legitimerter Abwertung und Ausgrenzung von bestimmten sozialen Gruppen zu begegnen. Dabei wird zunächst über Anlass und Ausgangssituation für das Projekt berichtet, um dann näher auf die Umsetzung einzugehen. Der Autor beschreibt Zielgruppen, Ziele und methodische Ansätze des Projektes und geht zum Abschluss darauf ein, welche systemischen Haltungen und Prinzipien dem beschriebenen Ansatz zugrunde liegen.

In den unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern unserer ambulanten Jugendhilfeeinrichtung im Essener Norden geht es überwiegend darum, bei jenen Menschen, die unsere Unterstützung suchen, Autonomie- und Selbstorganisationsprozesse anzuregen und sie darin zu bestärken, sich (wieder) für ihre Belange einzusetzen. Dabei verknüpfen wir drei Arbeitsfelder der Jugendhilfe miteinander, die üblicherweise voneinander getrennt agieren: Prävention, Vernetzung und Flexible Hilfen zur Erziehung in den Familien. Diese Verknüpfung trägt einer Haltung Rechnung, nach der sich Unterstützungsprozesse und Empowerment jenseits von individuellen Settings in Beratung und/oder Therapie immer auch in größeren Systemen und Kontexten vollziehen – beginnend mit der Familie, über andere soziale Gruppen und Institutionen hin zu größeren Sozialräumen. Aus unserer Sicht hat Empowerment neben einer individuellen Ermächtigung auch immer etwas mit den Möglichkeiten und Gegebenheiten eines Sozialraums zu tun, in dem Menschen leben. Konsequenterweise spielen Sozialraumorientierung und Vernetzung in unseren Arbeitsfeldern eine große Rolle.

Dabei bieten Sozialräume einerseits Chancen, andererseits repräsentieren sie für die in ihnen lebenden Menschen auch Grenzen für die Wahrnehmung ihrer Möglichkeiten und damit für ihre Entwicklung. Dies zeigt nicht zuletzt die Diskussion über Städte im Ruhrgebiet, in denen die Autobahn A40 als sozialer Äquator beschrieben wird, der nicht leicht zu überwinden ist (vgl. 1LIVE Reportage, 2019; Kersting, 2009). Aufgrund ihrer Bedeutung für

unsere tägliche Arbeit betrachten wir Sozialräume ebenso als wichtige Interventionsfelder wie individuelle Settings, die Arbeit mit Familien und anderen Systemen, Gruppenangebote und viele andere Kontexte.

An anderer Stelle haben wir bereits beschrieben, wie es gelingen kann, innerhalb eines Sozialraumes Vernetzungs- und Bündnisstrukturen im Rahmen eines kriminalpräventiven Netzwerks zu etablieren (vgl. Klink & Rütth, 2017). Anlass war seinerzeit, dass lokale Medien in Essen immer wieder negativ über den Stadtteil Altenessen und insbesondere den dortigen Bahnhof berichteten. Anwohner*innen äußerten in der Presse massive Ängste davor, Opfer von Kriminalität zu werden. Teile des Stadtteils und vor allem der Bahnhof galten als rechtsfreier Raum. Meilensteine bei der Etablierung des kriminalpräventiven Netzwerks waren zum einen eine aufsuchende Befragung und zum anderen der daraus resultierende Aufbau von festen Netzwerkstrukturen und die langjährige Kooperation der Netzwerkpartner im Rahmen von Maßnahmen, Aktionen und Interventionen. Dabei haben wir uns sowohl bei der Planung der aufsuchenden Befragung als auch bei der Etablierung des Netzwerkes an systemischen Prinzipien und insbesondere an wesentlichen Aspekten der Neuen Autorität (z. B. Omer & Streit, 2016; Omer & v. Schlippe, 2010) orientiert.

In diesem Beitrag geht es um die Beschreibung eines neuen sozialraumorientierten Projektes, dessen Umsetzung wir aktuell planen.¹ Im Folgenden werde ich zunächst über Anlass und Ausgangssituation des Projektes berichten, um dann näher auf die Projektidee einzugehen. Im Anschluss daran beschreibe ich Zielgruppen, Ziele und methodische Ansätze für die Projektdurchführung. Zum Abschluss gehe ich darauf ein, welche systemischen Haltungen und Logiken unserem Ansatz zugrunde liegen.

Anlass und Ausgangssituation

Jüngere Entwicklungen in einigen Essener Stadtteilen zeigen, dass Rechtspopulismus und eine religiös oder ideologisch legitimierte Abwertung und Ausgrenzung von bestimmten sozialen Gruppen zunehmend neue Herausforderungen für die Zivilgesellschaft darstellen. Populistische oder gar rassistische Stimmungen, wie sie z. B. rechte politische Parteien und Organisationen, aber auch radikale Linke und religiös motivierte Gruppierungen erzeugen, schüren Ängste in den Stadtteilen und verstärken die Gefahr von Ausgrenzung und Gewalt.

1) Im weiteren Verlauf des Beitrags werde ich immer wieder von „wir“ sprechen, weil an der Feinkonzeption und Durchführung des Projektes weitere Menschen beteiligt sein werden. Zudem haben sich Frank Bente, Thomas Rütth und Nina Lieske durch Vorarbeiten und Anregungen an der Entwicklung eines diesem Beitrag zugrunde liegenden Projektantrages beteiligt. Ihnen gilt mein Dank.

Auch jenseits des Ruhrgebietes sind diese Phänomene – z. B. in Form von „Spaziergängen“ besorgter Bürger*innen, Bürgerwehren o. Ä. – inzwischen in ganz Deutschland zu beobachten, wie sich sowohl der Presse (z. B. Schulze, 2019) als auch der Antwort auf eine kleine Anfrage im Bundestag (Deutscher Bundestag, 2019) entnehmen lässt. Dabei stellen unterschiedliche Gruppierungen bestimmte andere soziale Gruppen als fremd oder nicht zugehörig und letztlich als eine Bedrohung dar – und weisen Letztere damit als Zielscheibe für weitere Abwertungen und Aggressionen aus.

Besonders junge Menschen sind für radikale Ideen empfänglich und gefährdet, wenn extremistische und andere Ideologien Bedürfnisse der Adoleszenz nach Anerkennung, Orientierung, Identität und Protest aufgreifen (vgl. DJI Impulse, 2015; Srowig et al., 2018). Aber auch bei älteren Menschen, besonders in dem unteren Bereich der Mittelschicht, ist die Angst vor dem Abstieg hoch. Hier führt eine subjektive Empfindung von Deprivation im Vergleich mit anderen Mitgliedern ihrer Bezugsgruppe zu dem Gefühl, hinsichtlich ihrer Erwartungen und Wünsche benachteiligt zu sein (vgl. Crosby, Muehrer & Loewenstein, 1986; Kessler, Mummendey & Klink, 1999). Eine mediale „Nord-Süd-Debatte“ über die wohlhabenden Stadtteile im Essener Süden und den abgehängten Essener Norden hat die beschriebene Entwicklung in einigen Essener Stadtteilen noch beschleunigt (z. B. Schymiczek, 2016). Ohnehin sind die nördlichen Stadtteile in Essen durch einen hohen Anteil an Zuwanderung geprägt. Dort wo das Miteinander zwischen Zugewanderten und schon länger im Stadtteil lebenden Bewohner*innen nicht reibungslos verläuft, bestätigen auftretende Konflikte und Auseinandersetzungen bestehende Vorurteile und Vorbehalte. Und diese Konflikte und Auseinandersetzungen werden wiederum dazu herangezogen, extreme und extremistische Haltungen zu befördern.

Parallel dazu gibt es in den Stadtteilen und Quartieren eine durchaus hoch engagierte Zivilgesellschaft, die sich gegen diese Entwicklungen positioniert. Und auch Zuwander*innen verstehen sich als legitime Bewohner*innen der Stadtteile und bringen sich selbstverständlich mit ihren Vorstellungen und Ideen ein. In dieser Situation erfüllen die Stadtteile und Quartiere eine wichtige Funktion, denn ihre vielfältigen Ressourcen können dazu genutzt werden, die vorherrschende Stimmung in Richtung Toleranz und demokratisch geprägter Haltungen zu beeinflussen. Damit Sozialräume ihre wichtige Funktion erfüllen können, ist eine Beteiligung aller Bewohner*innen zu ermöglichen: sie wollen und müssen gefragt werden, wenn es darum geht, ihre Quartiere zu gestalten.

Auf der Grundlage der Theorie der sozialen Identität (vgl. Tajfel & Turner, 1986) werden die oben beschriebenen Phänomene in der sozialpsychologischen und soziologischen Forschung häufig unter dem Begriff der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ zusammengefasst (z. B. Zick et al., 2016). Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeind-

lichkeit (z. B. Vorurteile, Abwertungen, Ausgrenzung, Diskriminierung, Konflikte zwischen Gruppen etc.) sind überall dort anzutreffen, wo die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe zu einem bedeutsamen und handlungsleitenden Aspekt der (sozialen) Identität geworden ist. In der Literatur existiert eine Vielzahl von unterschiedlichen Methoden und Ansätzen, mit denen sich Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit begegnen lassen (z. B. Amadeu Antonio Stiftung, 2007). Auf diesen und anderen Ideen fußt das hier beschriebene Projekt.

Projektidee

Im Fokus des Projektes stehen die neuen Herausforderungen von Rechtspopulismus, religiös oder ideologisch legitimer Abwertung und Ausgrenzung von bestimmten sozialen Gruppen sowie anderen Erscheinungsformen einer gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit für einen spezifischen Sozialraum. Dabei gehen wir davon aus, dass sich Vorurteile, Abwertungen, Diskriminierung, Konflikte zwischen Gruppen, etc. nicht moralisch „verbieten“ und dauerhaft vollständig auflösen lassen. Vielmehr geht es aus unserer Sicht darum, sie dadurch zu reduzieren, dass ihre Bedeutung und Funktion reflektiert wird und sich Vertreter*innen der unterschiedlichen Gruppen in positiv gestalteten Kontexten begegnen (vgl. auch Förster, 2007 und in dieser *systema* zu Funktionen von Vorurteilen). Der inhaltliche Fokus solcher Reflexionen, Kontakte und Begegnungen beruht dabei auf der Idee, dass Menschen im Stadtteil unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer Gruppenzugehörigkeit hier dauerhaft ihre Heimat haben werden und diese mitgestalten wollen.

Den neuen Herausforderungen für die Quartiere kann mit Hilfe von unterschiedlichen methodischen Zugängen begegnet werden. Auf der Grundlage einer aufsuchenden Befragung in einzelnen Stadtteilen lassen sich zum einen konkrete Angebote entwickeln, die zum Abbau von wechselseitigen Vorurteilen und zur Förderung des demokratischen Miteinanders beitragen. Zum Zweiten werden Multiplikator*innen aus unterschiedlichen Gruppen im Stadtteil gewonnen, die Angebote begleiten und zu einer Verbreitung und Vernetzung in ihren jeweiligen Wohnquartieren beitragen. Zum Dritten wird eine Netzwerkstruktur in den Stadtteilen etabliert bzw. eine vorhandene Netzwerkstruktur gefördert, so dass sich sowohl institutionelle Multiplikator*innen als auch die Zivilgesellschaft im Stadtteil dauerhaft mit den Themen und Herausforderungen eines gelungenen Zusammenlebens unterschiedlicher Gruppen im Stadtteil beschäftigen. Übergeordnetes Ziel des Projektes ist es, demokratische Strukturen in den Stadtteilen zu fördern und die im Stadtteil wohnenden und arbeitenden Menschen im Engagement für mehr Toleranz in der Gestaltung ihres Miteinanders zu aktivieren, zu unterstützen und miteinander zu vernetzen.

Zielgruppen

Das Projekt richtet sich gleichermaßen an Einheimische und Zuwander*innen in den beteiligten Stadtteilen und Nachbarschaftsquartieren. Dabei gehen wir davon aus, dass das Phänomen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit nicht einzelne isolierte Gruppen betrifft. Vielmehr sind Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit überall dort anzutreffen, wo die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe zu einem bedeutsamen und handlungsleitenden Aspekt der Identität geworden ist (vgl. Tajfel & Turner, 1986). Insofern ist es ein übergeordnetes Ziel des Projektes, mit seinen Angeboten möglichst viele unterschiedliche Gruppen aus der Zivilgesellschaft zu erreichen.

Ziele

- Die gesamte Stadtteilgemeinschaft wird im Umgang mit unterschiedlichen Ausprägungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sensibilisiert.
- Ideen und Haltungen der Bewohner*innen werden erfragt und in Handlungsvorschläge zur Förderung eines Miteinanders in den Quartieren überführt.
- Relevante Multiplikator*innen werden gewonnen, die sich zukünftig mehr als bislang für das Thema Zusammenleben in Vielfalt engagieren möchten.
- Die bereits vielfältig vorhandenen Angebote im Umgang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit werden gebündelt, weiterentwickelt und noch besser als bisher bekannt gemacht.
- Die vor Ort operativ tätigen Akteur*innen werden (weiter) miteinander vernetzt und es wird ein Gremium geschaffen, in dem das Thema „Zusammenleben im Stadtteil“ dauerhaft behandelt wird.
- Es werden neue Angebote in den Handlungsfeldern Zusammenleben in Vielfalt, Abbau von Vorurteilen, Anti-Diskriminierungsarbeit, Demokratie-, Toleranz- und Menschenrechtserziehung, Stärkung von Nachbarschaftsquartieren entwickelt.
- Interkulturelle Kompetenzen werden gefördert.

Methoden

1. Planung und Durchführung einer aufsuchenden Befragung zum Thema „Zusammenleben im Stadtteil“

Mit der Methode der aufsuchenden Befragung wird versucht, in einem begrenzten Gebiet die Sichtweisen, Interessen und Bedürfnisse der dort lebenden Menschen in Erfahrung zu bringen. Ausgehend von der Erkenntnis, dass Menschen nur dann bereit sind, sich für etwas zu engagieren, wenn es in ihrem eigenen Interesse liegt und sie von dessen Notwendigkeit

überzeugt sind, gilt es durch aktivierende Gespräche herauszufinden, wie die Betroffenen denken und fühlen, was sie als veränderungsbedürftig ansehen und was sie bereit sind zu tun, damit sich etwas ändert. Mit Blick auf das Thema der Befragung orientieren wir uns an der bereits weiter oben formulierten Idee, dass Menschen im Stadtteil unabhängig von ihrer Herkunft hier dauerhaft ihre Heimat haben werden und diese mitgestalten wollen.

Zur Vorbereitung der Befragung wird mit einer kleinen Gruppe von Expert*innen ein Interviewleitfaden zum Thema „Zusammenleben im Stadtteil“ entwickelt und es werden die genaue Zielgruppe sowie die Befragungsorte bestimmt. Analog zu der in 2010 durchgeführten Befragung zum Thema Sicherheit in Altenessen (vgl. Klink & Rüth, 2017) können hier drei Fragen ausreichend sein: 1. „Wie sehen Sie das mit dem Zusammenleben unterschiedlicher Gruppen hier im Stadtteil?“, 2. „Müsste etwas getan werden? Wenn ja, was müsste getan werden?“ und 3. „Was könnten Sie persönlich dazu beitragen, dass sich etwas an der jetzigen Situation verändert?“. Andere Fragen sind denkbar. Zusätzlich sollten die Befragten jeweils um eine Einschätzung ihres zukünftigen Engagements gebeten werden: „Wären Sie bereit, sich in Zukunft stärker als bisher für ein Miteinander im Stadtteil zu engagieren?“. Darüber hinaus nehmen die Interviewer*innen ihrerseits eine Einschätzung der Mitwirkungsbereitschaft der Befragten vor. Ziel der Befragung sollte es sein, die Situation in den Stadtteilen aus der Sicht möglichst vieler unterschiedlicher Gruppen aus der Zivilgesellschaft zu beleuchten. Die anteilige Beteiligung von Zugewanderten und länger im Stadtteil lebenden Einwohner*innen ist zwingend erforderlich – ebenso wie die Beteiligung von „Professionellen“ aus unterschiedlichen Institutionen.

2. Auswertung der aufsuchenden Befragung

Während der einzelnen Interviews notieren die Interviewer*innen die Antworten der Befragten in Stichpunkten. Zur Kodierung der Antworten wird anhand einer Teilstichprobe aus den Fragebogen ein entsprechendes Kategoriensystem für jede einzelne Frage entwickelt. Je nach Antworten kann dieses Kodiersystem mehr oder weniger differenziert aussehen. Anhand der Kategorien lassen sich Häufigkeitsauswertungen vornehmen. Zusätzlich oder wahlweise können alle Antworten einer intensiven Inhaltsanalyse unterzogen werden.

Erstes Ziel der Ergebnisauswertung ist es, eine Reihe von Handlungsvorschlägen zur Förderung eines Miteinanders in Vielfalt zu formulieren. Im Sinne der Methode kann dabei im Vorfeld nicht über mögliche Handlungsvorschläge spekuliert werden. Maßgeblich sind hier die Äußerungen der Befragten und die daraus ableitbaren Handlungsvorschläge.

Das zweite Ziel der aufsuchenden Befragung besteht darin, Menschen im Stadtteil zu identifizieren, die sich zukünftig mehr als bislang für das Thema Zusammenleben in Vielfalt engagieren möchten. Diese können bei den weiteren Projektschritten als Multiplikator*in-

nen gewonnen werden, um die Etablierung von Aktivitäten und Maßnahmen in ihren jeweiligen Wohnquartieren zu unterstützen. Diese Multiplikator*innen sollten aus möglichst allen Gruppierungen der Zivilgesellschaft stammen.

Ein drittes Ziel der aufsuchenden Befragung besteht darin, bereits vorhandene Netzwerkstrukturen zu identifizieren, die sich schon heute mit dem Thema Zusammenleben im Stadtteil beschäftigen. Zu diesen Gruppen zählen sowohl Unterstützungssysteme für Zugewanderte oder jegliche Initiativen zur Stadtteilgestaltung als auch professionelle Netzwerke. Im Rahmen der Netzwerkanalyse sollen die im Stadtteil vorhandenen Angebote in den Handlungsfeldern Zusammenleben in Vielfalt, Abbau von Vorurteilen, Anti-Diskriminierungsarbeit, Demokratie-, Toleranz- und Menschenrechtserziehung, Stärkung von Nachbarschaftsquartieren identifiziert und ggfs. gebündelt werden. In weiteren Schritten sollen die unterschiedlichen Gruppen (weiter) miteinander vernetzt werden und ein Gremium geschaffen werden, in dem das Thema „Zusammenleben im Stadtteil“ dauerhaft behandelt wird. Dieses Gremium arbeitet in enger Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Kompetenzteam², besteht aus vor Ort operativ tätigen Personen und bezieht nach Möglichkeit alle vorhandenen Angebote mit ein.

3. Entwicklung von neuen Angeboten, Maßnahmen und Methoden

Auf der Grundlage der Befragungsergebnisse werden neue Angebote in den Handlungsfeldern Zusammenleben in Vielfalt, Abbau von Vorurteilen, Anti-Diskriminierungsarbeit, Demokratie-, Toleranz- und Menschenrechtserziehung, Stärkung von Nachbarschaftsquartieren entwickelt. An folgende Angebote und Maßnahmen ist u. a. gedacht:

Dialoggruppen. Im geschützten Rahmen von Dialoggruppen werden die Teilnehmer*innen zum einen in ihren Fähigkeiten zur wertschätzenden Kommunikation gestärkt. Zum anderen können auf der Grundlage des dialogischen Prinzips Unterschiede und Gemeinsamkeiten in Wertvorstellungen und Haltungen deutlich werden, die das zukünftige Zusammenleben im Stadtteil verbessern. Erfahrungen zeigen zudem, dass sich die Teilnehmer*innen von Dialoggruppen auch bei Alltagsfragen gegenseitig unterstützen und dauerhafte Netzwerke aufbauen. Dialoggruppen können an unterschiedlichen Institutionen entstehen und sollten aus Teilnehmer*innen verschiedener Gruppen der Zivilgesellschaft bestehen.

2) „Die bezirklichen Kompetenzteams sind dezentrale Netzwerke für sozialräumlich orientierte Integrationsarbeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. ... In den bezirklichen Kompetenzteams arbeiten kommunale Fachbereiche, Vertretungen der Wohlfahrts- und Jugendverbände und des Instituts für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) eng mit anderen Stadtteilakteuren zusammen.“ (vgl. Stadt Essen, 2020; S. 65f.)

Schülerschreibprojekte zum Themenkomplex „Wie wollen wir miteinander leben“. In Kooperation mit einem Verlag sowie engagierten Lehrer*innen und Schulsozialarbeiter*innen werden an Schulen im Stadtteil Schülerschreibprojekte durchgeführt. Aus den eingereichten Texten entsteht ein Buch, das in mehreren kleinen Lesungen in über den Stadtteil verteilten Quartieren vorgestellt wird. Denkbar sind hier sowohl mittelgroße Formate (Stadtteilzentrum) als auch kleine, eher nachbarschaftlich organisierte Lesungen. Über die Beteiligung von vielen Schüler*innen aus unterschiedlichen Gruppen und ihren nahen Verwandten können hier viele Begegnungsorte entstehen, aus denen wiederum neue Begegnungen resultieren.³

Fotoausstellung zum Thema „Meine Heimat ...“. In einer Fotoausstellung werden bekannte und bislang unbekanntere Vertreter*innen unterschiedlicher Gruppen im Stadtteil vorgestellt. Dabei beantworten die Porträtierten Fragen, die sich um ihrer Vorstellung des Stadtteils als – aktuelle und zukünftige – Heimat beschäftigen. Die Ausstellung kann an unterschiedlichen Orten im Stadtteil und auch außerhalb des Stadtteils gastieren. Sie kann jeweils von weiteren thematischen Veranstaltungen begleitet werden.

Förderung von strukturierten Kontakten zum Abbau von wechselseitigen Vorurteilen. Sozialpsychologische Studien zeigen, dass der Kontakt zwischen unterschiedlichen Gruppen unter vielen Bedingungen dazu beiträgt, Vorurteile zwischen den unterschiedlichen Gruppen zu reduzieren (z. B. Pettigrew & Tropp, 2008; 2006). In diesem Sinne lässt sich eine Vielzahl von Kontaktsituationen herstellen, in denen sich Vertreter*innen der unterschiedlichen Gruppen im Stadtteil treffen und miteinander austauschen. Hilfreich ist hier, dass in den Stadtteilen bereits viele Gruppen existieren, die sich regelmäßig treffen. Diese sollen weiter miteinander in Kontakt und Austausch gebracht werden.

Angebot von Workshops zur Demokratie-, Toleranz- und Menschenrechtserziehung. In Schulen und anderen Institutionen werden Workshops auf der Grundlage des BETZAVTA-Ansatzes angeboten (vgl. Maroshek-Klarman & Rabi, 2015). In diesem Ansatz geht es darum, Konflikte oder Dilemmata zu präsentieren und dabei nicht der Tendenz zur Konfliktvermeidung zu folgen. Vielmehr werden die unterschiedlichen Perspektiven eines Konfliktes reflektiert und zunächst die unterschiedlichen Bedürfnisse geklärt. Im Anschluss

3) Schülerschreibprojekte haben in Essen eine lange Tradition. U. a. waren sie bereits im Rahmen der Kulturhauptstadtprojekte der freien Szene geplant (vgl. Kulturbeirat der Stadt Essen, 2005, S. 27) und werden z. B. als „Essener Anthologien“ seit 2005 durch Artur Nickel, dem Geest Verlag, dem Kulturzentrum GREND und anderen Projektpartner*innen jährlich durchgeführt (siehe z. B. <http://geest-verlag.de/projekte>). Neu ist hier sicherlich die verstärkte Nutzung von (kleineren) Lesungen als Begegnungsorte.

daran können unterschiedliche Sichtweisen der Situation oder Lösungen besprochen und schließlich ein Kompromiss gefunden werden, bei dem alle Beteiligten am wenigsten „verlieren“. Gleichzeitig werden immer wieder unterschiedliche demokratische Möglichkeiten zur Entscheidungsfindung besprochen und diskutiert (z. B. Mehrheitsprinzip, Vetorecht, verschiedene Gleichheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen etc.). Für dieses Angebot liegt es nahe, auf die Angebote und fachlichen Kompetenzen von vor Ort bereits tätigen anerkannten Trägern der politischen Bildung zurückzugreifen.

Kooperationspartner

Der Erfolg des Projektes beruht auf der Kooperation mit unterschiedlichen Partnern im Stadtteil. Dabei werden Kooperationspartner schon frühzeitig eingebunden und bereits an der Planung der aufsuchenden Befragung beteiligt. Grundsätzlich sollen alle bekannten Kooperationspartner und Angebote in den jeweiligen Stadtteilen genutzt werden. Insbesondere seien an dieser Stelle genannt:

- das Kommunale Integrationszentrum,
- die Kompetenzteams in den Stadtteilen,
- die bezirklichen Nebenstellen des Jugendamtes,
- andere städtische Institutionen,
- Migrations- und Flüchtlingsberatungsstellen sowie Integrationsagenturen,
- Migrantenselbstorganisationen und Vertreter*innen weiterer Gruppen aus der Zivilgesellschaft,
- das Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) an der Universität Duisburg-Essen,
- Schulen und Schulsozialarbeit,
- Familienzentren und Kindertageseinrichtungen,
- kirchliche Einrichtungen und Angebote (z. B. Arche-Dialoge),
- engagierte Gruppen von Ehrenamtlichen,
- Sportvereine und andere Vereine.

Systemische Haltungen und Logiken

Das hier vorgestellte Projekt knüpft an unsere Erfahrungen mit der Etablierung eines kriminalpräventiven Netzwerks an (vgl. Klink & Rüth, 2017). Seinerzeit sind wir ebenfalls mit einer aufsuchenden Befragung gestartet und haben deren Ergebnisse zur Etablierung und Erweiterung von Netzwerkstrukturen genutzt. Passend zum Thema haben wir dabei Aspekte der Neuen Autorität (z. B. Omer & Streit, 2016; Omer & v. Schlippe, 2010) als einen theoretischen Rahmen herangezogen. Sowohl das neue als auch das bereits etablierte

Projekt beruhen zudem auf Haltungen, Ideen und Logiken, wie sie systemischen Ansätzen zugrunde liegen (vgl. Ritscher, 2006, Hosemann & Geiling, 2013, v. Schlippe & Schweitzer, 2019; Kleve, 2020) und nutzen methodische Ansätze, die uns aus dem systemischen Arbeiten vertraut sind.

An erster Stelle steht hier zunächst einmal eine fundierte *Auftragsklärung*. Unsere Erfahrungen zeigen, dass Anlässe, Anliegen und Aufträge im Rahmen der aufsuchenden Befragung benannt werden und fortan die Grundlage für weitere Maßnahmen darstellen.

Darüber hinaus fußt das Projekt auf einer Haltung, die Menschen als *Expert*innen für eigene Veränderung* betrachtet. Konsequenterweise wird im Rahmen der Befragung danach gefragt, welche Veränderungen sich die Menschen vor Ort im Sozialraum wünschen. Zudem werden die beteiligten Akteur*innen sowohl im Rahmen der Befragung als auch zu späteren Zeitpunkten immer wieder danach gefragt, welchen Beitrag sie selbst zu den Veränderungen im Sozialraum leisten möchten. Dies berührt Aspekte der *Selbstorganisation* und stärkt Gefühle von Selbstwirksamkeit und Kontrolle.

Weiterhin bezieht das Projekt alle Gruppierungen im jeweiligen Stadtteil mit ein, die sich in friedlicher Weise für den Sozialraum engagieren möchten. Hier sind die Interessen einzelnen Gruppen durchaus unterschiedlich und auf den ersten Blick mitunter gegensätzlich. In vergleichbaren Situationen hat sich in der Vergangenheit immer wieder als hilfreich erwiesen, diesen unterschiedlichen Interessen mit Haltungen wie *Allparteilichkeit*, *Neutralität* und *Respekt* oder auch *Ambivalenztoleranz* zu begegnen, allen zunächst einmal eine *gute Absicht* zu unterstellen und ein *Miteinander auf Augenhöhe* anzustreben. Gleichzeitig bleibt das übergeordnete Ziel des Projektes eindeutig formuliert: es geht darum, demokratische Strukturen in den Stadtteilen zu fördern und die im Stadtteil wohnenden und arbeitenden Menschen im Engagement für mehr Toleranz in der Gestaltung ihres Miteinanders zu aktivieren, zu unterstützen und miteinander zu vernetzen. Und im Sinne des von Heinz von Foerster formulierten ethischen Imperativs geht es darum, die *Anzahl an Möglichkeiten zu vergrößern* – nicht darum, sie einzuschränken. Insofern sind wir nicht neutral mit Blick auf die Ergebnisse der anstehenden Veränderungen.

Grundsätzlich orientieren sich die Maßnahmen des Projektes an bereits im Sozialraum vorhandenen Ressourcen. Eine solche *Ressourcenorientierung* erscheint uns elementar für das Gelingen des Projektes und findet darüber hinaus auch ihren Niederschlag in der Vernetzung mit Kooperationspartner*innen und im weiteren Ausbau der im Sozialraum vorhandenen *Resilienzen* gegenüber Ausdrucksformen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (z. B. vorhandene Best Practice Ansätze, in denen schon heute Begegnung und interkulturelle Interaktion stattfinden).

Und nicht zuletzt beruht unsere Projektidee auf einer Haltung, die davon ausgeht, dass Verhalten wesentlich durch den *sozialen Kontext* (hier die Möglichkeiten und Gegebenheiten eines Sozialraums) mitgeprägt wird, in dem Menschen jeweils leben, und nicht auf der Basis von individuellen Pathologien entsteht. Insofern sind wir auch davon überzeugt, dass Ausdrucksformen einer gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit nicht im Sinne eines Syndroms zu verstehen sind, das Einzelne befällt (vgl. dazu die Kritik am Konzept der gruppenbezogenen Menschlichkeit z. B. von Möller, 2017.). Vielmehr geht es aus unserer Sicht darum, Menschen bei der Gestaltung ihrer jeweiligen Kontexte (hier Sozialräume) zu unterstützen und Vorurteile, Abwertungen, Diskriminierung, Konflikte zwischen Gruppen usw. dadurch zu reduzieren, dass ihre Bedeutung und Funktion reflektiert wird. Langfristiges Ziel bleibt es, dass sich Vertreter*innen der unterschiedlichen Gruppen friedlich und auf Augenhöhe begegnen können und letztlich selbstorganisiert und mit Respekt für die Anderen miteinander ihren Sozialraum gestalten.

Literatur

- 1LIVE Reportage (2019). A 40 – Sozialäquator des Ruhrgebiets. 1LIVE Reportage. Abgerufen unter <https://www1.wdr.de/radio/1live/on-air/sendungen/1live-reportage/einslive-on-air-reportage-ruhrgebiet-100.html>, zuletzt abgerufen am 10.5.2020.
- Amadeu Antonio Stiftung (2007). Reflektieren. Erkennen. Verändern. Was tun gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit? Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.
- Crosby, F., Muehrer, P., Loewenstein, G. (1986). Relative deprivation and explanation: Models and concepts. In: Olson, J. M., Herman, C. P., Zanna, M. P. (Eds.). Relative deprivation and social comparison: The Ontario Symposium. (Vol. 4, pp. 17-32). Hillsdale, NJ: Erlbaum.
- Deutscher Bundestag (2019). Drucksache 19/14618 vom 30.10.2019. Abgerufen unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/146/1914618.pdf>, zuletzt abgerufen am 21.5.2020.
- DJI Impulse (2015). Jung und radikal. Politische Gewalt im Jugendalter. Ausgabe Nr. 109 der DJI Impulse. Das Bulletin des Deutschen Jugendinstituts.
- Förster, J. (2007). Kleine Einführung in das Schubladendenken: Über Nutzen und Nachteil des Vorurteils. München: Random House.
- Hosemann, W., Geiling, W. (2013). Einführung in die Systemische Soziale Arbeit. München: Ernst Reinhardt.
- Kersting, V. (2009). Die A 40 – Der „Sozialäquator“ des Ruhrgebiets. In: Prosek, A., Schneider, H., Wetterau, B., Wessel, H. A. und Wiktorin, D. (Hrsg.). Atlas der Metropole Ruhr; Mit Fotografien von Joachim Schumacher; S. 142-145: Abgerufen unter http://www6.rz.ruhr-uni-bochum.de:8706/mam/content/ruhratlas_kersting_et_al_.pdf, zuletzt abgerufen am 10.5.2020.
- Kessler, Th., Mummendey, A., Klink, A. (1999). Soziale Identität und relative Deprivation: Determinanten individuellen und kollektiven Verhaltens. In: Schmitt, M., Montada, L. (Hrsg.). Gerechtigkeitserleben und Befindlichkeit im wiedervereinigten Deutschland. Opladen: Leske & Budrich, S. 213-262.
- Kleve, H. (2020). Freiheit, Verantwortung, Selbsthilfe. Heidelberg: Carl-Auer.

- Klink, A., Rüth, T. (2017). Bündnisse in kriminalpräventiven Netzwerken. *systema*, 31 (2), S. 147-161.
- Kulturbeirat der Stadt Essen (2005). Projektreader 2010. Konzepte, Skizzen und Visionen aus der freien Szene. Abgerufen unter http://holgerkruessmann.de/ProjektReader2010_final.pdf, zuletzt abgerufen am 21.5.20.
- Maroshek-Klarman, U., Rabi, S. (2015). Mehr als eine Demokratie. Sieben verschiedene Demokratieformen verstehen und erleben – 73 Übungen nach der „Betzavta“-Methode. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Möller, K. (2017). „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GMF) oder Pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen (PAKOs)? – Welches Konzept führt wissenschaftlich und praktisch wohin? In Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.). Dokumentation der Klausurtagung Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rassismuskritik. Stuttgart.
- Omer, H., Schlippe, A. v. (2010). Stärke statt Macht: Neue Autorität in Familie, Schule und Gemeinde. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Omer, H., Streit, P. (2016). Neue Autorität: Das Geheimnis starker Eltern. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Pettigrew, T. F., Tropp, L. R. (2008). How does intergroup contact reduce prejudice? Meta analytic tests of three mediators. *European Journal of Social Psychology*, 38(6), S. 922-934.
- Pettigrew, T. F., Tropp, L. R. (2006). A meta-analytic test of intergroup contact theory. *Journal of Personality and Social Psychology*. 90 (5): 751-783.
- Ritscher, W. (2006). Einführung in die systemische Soziale Arbeit mit Familien. Heidelberg: Carl-Auer.
- Schlippe, A. v., Schweitzer, J. (2019). Gewusst wie, gewusst warum: Die Logik systemischer Interventionen. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Schulze, B. (2019). Rechtsextreme Bürgerwehr will Angst schüren. ZEIT online, Blog Störungsmelder vom 9.8.2019. Abgerufen unter https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2019/08/09/rechtsextremebuergerwehr-will-angst-schueren_28852, zuletzt abgerufen am 21.5.20.
- Schymiczek, M. (2016). Flüchtlinge: alte Nord-Süd-Debatte in Essen neu entfacht. WAZ online vom 20.1.2016. Abgerufen unter <https://www.waz.de/staedte/essen/fluechtlinge-alte-nord-sued-debatte-in-essen-neu-entfacht-id11478939.html>; zuletzt abgerufen am 16.5.2020.
- Srowig, F., Toth, V., Pisiou, D., Seewald, K., Zick, A. (2018). Radikalisierung von Individuen. Ein Überblick über mögliche Erklärungsansätze. PRIF-Report 6-18, Frankfurt am Main.
- Stadt Essen (2020). Zusammenleben in Vielfalt. Essener Konzept zu Teilhabe und Mitwirkung und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Band 1. Abgerufen unter https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/0513/interkulturelle_orientierung/Endfassung_Konzept_Zusammenleben_in_Vielfalt_Ratsbeschluss.pdf, zuletzt abgerufen am 21.5.2020.
- Tajfel, H., Turner, J. C. (1986). The social identity theory of intergroup behavior. In: Worchel, S., Austin, W. G. (Hrsg.). *Psychology of intergroup relations*. Chicago: Nelson-Hall.
- Zick, A., Krause, D., Berghan, W., Küpper, B. (2016). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002–2016. In: Zick, A., Küpper, B., Krause, D. (Hrsg.). *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*, S. 33-81. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn: Dietz.

Andreas Klink, Diplom-Psychologe, Systemischer Therapeut und Berater (SG), Systemischer Supervisor (SG) und Lehrtherapeut (SG). Forschung und Promotion zum Thema Vorurteilsabbau und Diskriminierung. Langjährige (frei)berufliche Erfahrungen in der Familien- und Jugendhilfe und in der Erwachsenenbildung (interkulturelle und politische Bildung). Pädagogischer Leiter im Jugendhilfe Netzwerk der AWO Essen, Dozent am IF Weinheim und Mitglied der systema-Redaktion.

andreas.klink@awo-essen.de